

# LinksDruck

Zeitung der Partei DIE LINKE. in Lippe | Nr. 02, 12-2011

## Armut wächst dramatisch



Im Jahr 2009 waren 3,6 Millionen Menschen in Deutschland für einen Brutto-Stundenlohn von weniger als 7 Euro beschäftigt. Das zeigen aktuelle Auswertungen des Instituts Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Etwas mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte bekamen sogar nur einen Stundenlohn von weniger als 5 Euro.

Unter 8,50 Euro, der von den Gewerkschaften als Mindestlohn geforderten Summe pro Stunde, arbeiteten in 2009 nahezu 5,8 Millionen Beschäftigte. Die tatsächlichen Zahlen sind zweifellos noch höher, da aus methodischen Gründen der Ermittlung bestimmte Gesellschaftsgruppen wie Rentner und Studierende gar nicht erst einbezogen wurden.

Derartige Stundenlöhne sichern nicht das Überleben der betroffenen Menschen, machen staatliche Unterstützungen notwendig und sorgen letztlich nur für eines: garantierte Altersarmut. Was weitere Alimentierung erfordert, welche wiederum die zunehmend ver-

zweifeln Kommunen in Zukunft weiter belasten wird. Letztere werden ihre Belastungen wiederum die Bürgerinnen und Bürger spüren lassen, etwa durch immer kreativere Erfindungen wie Katzensteuer, Bräunungssteuer (kein Witz!) und anderen Unsinn. Ein Teufelskreis!

Das alles in Deutschland, einem Land, in dem das statistische Vermögen laut DGB zwischen 2002 und 2007 von 6,5 Billionen auf 8 Billionen Euro stieg. Ein Sümmchen, das sich sehen lassen kann, nur dessen Verteilung nicht: So haben die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung fast zwei Drittel Anteil am Vermögen, das reichste Prozent verfügt über fast ein Viertel des Gesamten. Die „unteren“ 70 Prozent kratzen gerade mal 9 Prozent des Vermögens zusammen.

**Etwa 27 Prozent der Menschen in Deutschland verfügen über nichts oder sind verschuldet. Steuern zahlen die, die am meisten haben, hingegen kaum.**

So beläuft sich die Unternehmensbesteuerung in Deutschland auf einen Steueranteil am Gesamtsteueraufkommen von gerade mal 5,1 Prozent. Dieser Anteil ist

entgegen dem europäischen Trend in Deutschland sogar noch rückläufig. Da, wo viel ist, kommt weiteres hinzu: Der Anteil des Volkseinkommens aus Unternehmens- und Vermögensgewinnen zwischen dem Jahr 2000 und heute stieg von 27,9 auf 33,5 Prozent. Die Reallöhne hingegen sanken im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozent.

Niemand kann sicher sagen, wohin diese Entwicklungen in nächster Zeit führen werden. Vielleicht zu zunehmender Brutalität im täglichen Umgang, aber auch zu entsprechenden Exzessen, England lässt grüßen. Solidarität und Sozialverhalten, wesentliche Stützen aller Zivilgesellschaften, werden wohl an Bedeutung verlieren, schließlich ganz verschwinden. Demokratische Strukturen werden zunehmend durch prä- bzw. markt-diktatorische ersetzt. Ansätze davon erleben wir bereits heute. Gesellschaftliche Macht wird sich zunehmend unkontrolliert bei immer weniger konzentrieren.

**Keine beruhigenden Aussichten. Auf jeden Fall aber reichlich Gründe, sich gegen jede weitere Entwicklung der sozialen Schieflage zur Wehr zu setzen.**

### Themen dieser Ausgabe

#### Senne

LINKE Landtagsfraktion informiert sich einen ganzen Tag lang vor Ort

#### Seite 2

Die Waffen und Methoden der Nationalparkgegner

#### Seite 3 und 6

#### Bildung

Lernatlas-Studie über die Doofheit?

#### Seite 7

Bürgerantrag in Bad Salzuflen - Kurze Wege für kurze Beine

#### Seite 4 und 5

#### Kommunales

Unfallschwerpunkte in Horn

#### Seite 4

Stadtverband Lemgo zum Einnahmenproblem der Kommune

#### Seiten 4

Stärkungspaktgesetz NRW schwächt Gemeinden

#### Seite 6

Gegen die Sparkassenfusion

#### Seite 8

Noch ganz dicht?

#### Seite 11

Freie Wähler im Nebel

#### Seite 12

#### Flüchtlinge

Immer mehr passiert in der Detmolder Flüchtlingspolitik - Verein Integrationsperspektive gegründet

#### Seite 2

#### Gegen Neonazis

Linksjugend: Wegschauen hilft nicht!

#### Seite 9

Rechte Schlapphüte

#### Seite 11

#### Erwerbslose

Neues von Hartz IV Von Mundraub und Raub

#### Seite 10

#### Eurokrise?

Ein distanzierter Blick

#### Seite 12

#### DIE LINKE.

Parteiprogramm nur ein Plagiat!

#### Seite 1

# Fraktion DIE LINKE.NRW auf Tour durch OWL

Im Oktober besuchte die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW die Region Ostwestfalen-Lippe. Vor Ort wollten sich die Abgeordneten ein eigenes Bild von der Situation rund um das Armeeareal und den geforderten Nationalpark Senne machen.

In der Heidschnuckenschäferei Hövelhof bekamen die Abgeordneten zum Einstieg naturkundliche Informationen über die einzigartige Landschaft der Senne von Peter Rüther, dem Geschäftsführer der Biologischen Station.

Anschließend besuchten sie das Dokumentationszentrum des STALAG 326 in Stukenbrock mit einer Führung durch die Ausstel-

lung. Bei einer Pressekonferenz mit Journalisten der ostwestfälischen Tagespresse konnten die MdL zusammen mit ostwestfälischen Kreistagsmitgliedern zu den Nationalparkplänen und zum weiteren, bildungspolitischen Schwerpunkt der Reise Stellung beziehen.

In Bad Lippspringe konnten die Abgeordneten das leider sonst geschlossene Senne-Informationszen-

trum besichtigen, in dem die militärische und ökologisch/ geologische Geschichte der Senne beleuchtet wird. Bei einem Meinungsaustausch mit GewerkschafterInnen nutzten die MdL anschließend die Gelegenheit, die Situation der von den Konversionsplänen betroffenen MitarbeiterInnen kennenzulernen und zu erörtern.

Abends fand in der Detmolder Schule am Wall eine Veranstaltung unter dem Titel „Senne im Fadenkreuz - Alternativen für eine ökologische friedliche Lösung“ statt. Die Diskussion mit Prof. Arno Klönne, Soziologe PB, Astrid Bartols, DGB OWL, Hartmut Linne, Aktionskreis Freie Senne PB, Marcus Foerster, Fraktionsvorsitzender Die Grünen, Schlangen, und Rüdiger Sagel, MdL DIE LINKE. NRW wurde geleitet vom Kreissprecher der lippischen LINKEN, Gerd Detering.

**Fazit der Rundreise von Rüdiger Sagel: „Selbst wenn die Briten bis 2020 bleiben, sollte eine nichtmilitärische Nutzung der Senne so früh wie möglich in Angriff genommen werden. Für die Senne ist der Nationalpark die beste Lösung.“**



von links: Astrid Bartols, Gerd Detering, Rüdiger Sagel, Marcus Foerster, Arno Klönne

## Impressum

Kreisverband DIE LINKE. Lippe  
Exterstraße 9, 32705 Detmold,  
E-Mail: kontakt@dielinke-lippe.de  
Telefon: 05231-3028600

Bürozeiten mittags:

Mo, Di, Do 12 - 14, Sa 11 - 14 Uhr

Bürozeiten nachmittags:

Mo 15 - 19 Uhr,

Di - Fr 17 - 19 Uhr,

V.i.S.d.P.: Gerd Detering

## DIE LINKE.LIPPE

## Verein „Integrationsperspektive“ gegründet!

In Detmold hat sich eine Gruppe von Flüchtlingen aus verschiedenen Orten in Lippe zusammengefunden und einen Verein gegründet. DIE LINKE. Lippe begrüßt diese Initiative und druckt nachfolgend gerne die Presseerklärung zur Vereinsgründung ab.

**Zum ersten Mal gibt es im Kreis Lippe einen Verein, der von Flüchtlingen für Flüchtlinge gegründet worden ist. Er wird den Namenszusatz e.V. erhalten.**

Wir wollen uns dafür stark machen, dass auch Menschen mit einer Duldung und einer Aufenthaltsgenehmigung stärker in den Fokus der Integration gelangen. Wir verstehen dabei Integration nicht als einen einseitigen Prozess.

**Die eigene Kultur nicht aufgeben**

Eine multikulturelle Gesellschaft hat eine positive Dimension, weil sie die selbstverständliche kulturelle Freiheit jedes Einzelnen verstärkt. Kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch sind Zeichen der Vitalität einer Gesellschaft. Sprache und Arbeit spielen eine wichtige Rolle.

Darum brauchen wir mehr Deutsch- und Integrationskurse für Flüchtlinge. Sprache ist in der Mehrheitsgesellschaft eine der Schlüsselqualifikationen. Außerdem ist sie Voraussetzung für das

Gelingen von Integration. Gleichzeitig gilt es, die Potenziale von Migranten und Migrantinnen zu nutzen: Wenn zu Hause eine zweite Sprache ebenso gut erlernt wird wie Deutsch, dann ist dies in einer



Hardy Ameen und Mirkamol Mirsaidov sind im Vorstand des neuen Vereins

sich globalisierenden Gesellschaft ein Potenzial, das es zu fördern gilt. **Integration durchs Ehrenamt** Integration läuft ganz wesentlich über den Arbeitsprozess, daher setzen wir uns besonders dafür ein,

ein positives Bild von Migranten zu vermitteln.

So sind wir bereit, mit gemeinnützigen Aktionen, wie zum Beispiel Hilfe in Altenheimen oder Kindergärten, die Gesellschaft zu



unterstützen. Wir wollen auch Blut spenden und uns so für die Allgemeinheit einsetzen.

Unter anderem möchten wir anderen Flüchtlingen ehrenamtlich helfen, z.B. als Dolmetscher. Wir

versuchen, anderen Flüchtlingen ihre Fragen zu beantworten und ihnen bei ihren Anliegen zu helfen, mit dem Ziel, ihnen und uns allen eine gute Integrationsperspektive zu bieten.

**Vernetzung und Solidarität**

Unser Verein will sich mit allen Flüchtlingen aus Lippe vernetzen und politisch aktiv sein. Dabei sind wir unabhängig von politischen Richtungen.

Wir möchten Migrantinnen und Migranten beraten, sie bei verschiedenen Problemen und negativen Erlebnissen unterstützen und ihnen z.B. bei drohender Zwangsheirat helfen.

Partnerschaftlicher Kontakt zu anderen Vereinen und aktive Teilnahme an interkulturellen Veranstaltungen in Lippe sind zwei weitere Ziele unseres Vereins.

Insgesamt möchten wir nach den bitteren Erfahrungen, die die meisten von uns hinter sich haben, möglichst bald in Deutschland eine neue Heimat finden.

Dazu gehören selbstverständlich der Respekt vor der Kultur und Religion des jeweils anderen.

**E-Mail-Kontakt über:**  
**integrationsperspektive@live.de**

# Populismus und Pöbeleien gegen den Nationalpark

Im November veranstaltete der SPD Ortsverein Pivitsheide einen Vortragsabend mit Helmut Diekmann zum Thema der Überführung des Teutoburger Waldes in einen Nationalpark im Gasthof zum Donoper Teich - ein Erfahrungsbericht.

Herr Diekmann, der ehemalige Dezernatsleiter beim Kreis Lippe, hielt einen interessanten und informativen Vortrag über das Thema. Dabei stellte er die Unterschiede zwischen verschiedenen Formen des Naturschutzes heraus und erläuterte, wie sich speziell ein Nationalpark davon abgrenzt.

Anwesend waren auch die Aktivistinnen der "Bürgerbewegung" (Selbstbezeichnung!) "Unser Teutoburger Wald". Hierbei handelt es sich um strikte Nationalparkgegner. Bereits während des Vortrages konnte man von Einzelnen aus dieser FDP-nahen Gruppierung ständig Zwischenrufe vernehmen, die Herrn Diekmann der Falschinformation bezichtigten, oder die Ablehnung des Vortragsinhaltes bekundeten. Als ich leise und höflich darauf hinwies, dass manche Anwesenden gekommen sind, um sich den Vortrag in Ruhe anzuhören, bekam ich eine eher abrupte Antwort: "Halt den Mund und setz dich da wieder hin!" (O-Ton Jürgen Ruth von "Unser Teutoburger Wald").

## Gegner fallen durch Unsachlichkeit und Polemik auf

In der anschließenden Diskussion fiel die selbsternannte Bürgerbewegung im Wesentlichen durch Unsachlichkeit und Polemik auf. Ein paar ausgewählte Beispiele:

- Es wurde die Befürchtung geäußert, dass durch einen Nationalpark Teutoburger Wald kein Geld mehr für Bildung vorhanden wäre - der Zusammenhang hat sich den wenigsten der anderen Anwesenden erschlossen. Auch wenn der Nationalpark im Endeffekt ein Zuschussprojekt für den Landeshaushalt NRW werden würde, ist es zu bezweifeln, dass dadurch auf Landesebene die Entscheidungen für die Investitionen in den Bildungssektor beeinflusst werden.

- Ein Mitglied der "Bürgerbewegung" äußerte unterdessen die Sorge, dass der Wald einstürzen werde und "kaputt gehe" wenn man ihn sich selbst überlasse.
- Jemand anders verglich das Konzept, den Wald sich selbst zu überlassen, damit, dass man einem Menschen im Krankenhaus die Hilfe versagen und ihn sich selbst überlassen würde.

Dies sind lediglich drei ausgewählte Stilblüten von vielen, die alle in das

wirtschaftliche Interessen in der Frage ginge.

## All dies ändert nichts an einer Tatsache:

Eine vom Nationalpark Senne-Eggegebirge e.V. in Auftrag gegebene Emnid-Studie aus dem Jahr 2009 kam zu dem Ergebnis, dass 86 % der Bürger\_innen sich für einen Nationalpark aussprechen und lediglich 11 % dagegen. (Siehe hier: <http://>

weiszumachen, dass die Interessen der Wirtschaft sich mit ihren eigenen decken.

## Fazit: Wir dürfen die Natur nicht nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten!

Neben solchen wenig auf Dialog, Verständigung und Information zielenden Beiträgen wurden auch durchaus berechtigte Bedenken geäußert, wie zum Beispiel die Gefahr umstürzender Bäume, die es in der unbewirtschafteten Waldlandschaft ja nunmal auch gibt. Die Angst davor konnte von Herrn Diekmann aus dem Weg geräumt werden - auch im Nationalpark wird entlang des Wegenetzes weiterhin dafür gesorgt, dass gefährliche Situationen mit umsturzgefährdeten Bäumen beseitigt werden. Ein anderer Diskutant wies darauf hin, dass man Natur eben nicht immer nur unter dem wirtschaftlichen Standpunkt sehen, sondern auch als Wert an sich begreifen sollte.

Die Menschheit hat sich bereits den größten Teil des Planeten untergeordnet. - Kann das Anliegen, im Teutoburger Wald einen Bereich zu errichten, in dem die Natur nicht nur unter der Prämisse des wirtschaftlichen Nutzens erhalten wird, da nicht als angemessen und richtig und auch durchaus vernünftig gelten?

Die weitere Entwicklung der Nationalparkfrage bleibt mit den runden Tischen, die dazu nun stattfinden sollen, abzuwarten. Ob mit den Vertretern der Nationalparkgegner ein sachlicher Dialog möglich ist, das ist jedoch nach diesen Erfahrungen höchst fragwürdig.



Propaganda der Nationalparkgegner macht vor Sachbeschädigung nicht halt!

Gesamtbild dieser Bewegung passen, die auch schon manches Mal durch Falschinformation versucht hat, die Meinung der Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Als Beispiel sei hier die Behauptung genannt, ein Nationalpark dürfe von den Bürgern nicht mehr betreten werden. - Tatsache ist, dass die Menschen sich auf den Wegen halten müssen und es ein geplantes Wegenetz geben wird.

## Persönliche wirtschaftliche Interessen stehen im Vordergrund

Letztlich wurde von ein paar Anwesenden aus der „Bürgerbewegung“ ganz offen zugegeben, dass es ihnen im Wesentlichen um persönliche

[www.dielinke-lippe.de/code\\_kreis/aktuell.php?nid=A.M&](http://www.dielinke-lippe.de/code_kreis/aktuell.php?nid=A.M&)

Die IHK hat im März eine Umfrage gemacht, nach der sich 73 % der Unternehmen aus der regionalen Holz- und Forstwirtschaft gegen einen Nationalpark aussprechen.

An dieser Stelle kann man sich dann natürlich die Frage stellen: Wer sollte politische Entscheidungen in einer Demokratie fällen? Die Wirtschaft? Oder vielleicht doch eher die Bürgerinnen und Bürger? Und grade an dieser Stelle setzt die 'selbst ernannte Bürgerbewegung „Unser Teutoburger Wald“ an und verucht, den Bürger\_innen, teilweise auch mit manipulativen Mitteln,

# Bald neue Unfallschwerpunkte in der Innenstadt von Horn

**DIE LINKE.Horn-Bad Meinberg kritisiert den Kreis Lippe**

**Die Kreuzung Hessenring/ Fromhauser Straße/ Nordstraße ist laut Unfallkommission des Kreises Lippe trotz Starenkästen an der Nordstraße nach wie vor ein überragender Unfallschwerpunkt. Der Kreis Lippe als zuständiger Straßenlastträger will die Fromhauser Straße einziehen.**

Diese Sperrung war bereits zum 1. August dieses Jahres angedacht, wurde aber aufgrund massiver Einwände von Bürgern und Politikern in Horn-Bad Meinberg verschoben. Sie hätte unweigerlich zu einem Verkehrskollaps geführt, da zeitgleich die Nordstraße im Zuge der Fernwärmeleitungsarbeiten gesperrt war. Dies lässt laut Diana Ammer, Stadtverordnete der LINKEN im Rat der Stadt Horn-Bad Meinberg, auf unüberlegtes Handeln ohne die Berücksichtigung aller Faktoren schließen: Die Sperrung zeuge nicht gerade von fundierter Ortskenntnis.

Während der Kreis bereits Fakten schafft, unter anderem durch die Errichtung von Fundamenten für die Schranken zur Sperrung und die Verteilung von Handsendern zur Öffnung dieser Schranken an einige Fromhauser Betriebe, werde nach Auskunft durch Bürgermeister Eberhard Block aktuell eine Verkehrszählung zum Beispiel am Potthof und an der Fromhauser

Straße durchgeführt. Wie diese Zählung überhaupt repräsentative Zahlen ergeben soll, ist fraglich, da zur Zeit die Nordstraße wegen Bauarbeiten zwischen Potthof und Hessenring gesperrt ist und somit Verkehrsströme umgeleitet werden. Und wieso wird erst jetzt eine Zählung durchgeführt, wo doch offensichtlich die Entscheidung schon gefallen ist?

Nachfragen einer Bürgerin aus Fromhausen während der Ratssitzung zeigen deutlich, dass weite Teile der Einwohner Fromhausens weder ausreichend informiert, noch angemessen an der Entscheidung beteiligt wurden.

Diana Ammer fordert: „Wir brauchen ein tragfähiges und zukunftsweisendes Verkehrskonzept für das ganze Stadtgebiet und keine Scheinlösungen, die vorhandene Probleme nur verlagern. Die Sperrung der Fromhauser Straße wird die Zahl der Unfälle nicht reduzieren. Zukünftig wird sich die Unfallgefahr vielmehr durch die Verlagerung der Verkehrsströme verstärken, z.B. an der Kreuzung Mittelstraße / Potthof oder auf der Wilberger Straße vor dem Baumarkt.“

**Der Stadtverband DIE LINKE. Horn-Bad Meinberg trifft sich 14-tägig montags ab 9. Januar 2012 um 19:30 in der Burg Horn, Brunnenkeller.**

# 10 Jahre Industriegebiet Belle - oder die alte Geschichte vom toten Pferd

**Es sollte der große Wurf sein. Die Erschließung eines neuen Industriegebietes in Belle, verkehrsgünstig an der Ostwestfalenstrasse gelegen, würde alle Sorgen der Stadt Horn-Bad Meinberg beseitigen. Neue Arbeitsplätze würden entstehen, neue Steuereinnahmen sprudeln. Doch nichts davon ist in den letzten 10 Jahren eingetroffen.**

Dabei war das Projekt „Gewerbegebiet Belle“ von Anfang an mit deutlichen Risiken für die Bürger/innen und Steuerzahler/innen behaftet. Trotzdem überwogen die Chancen. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung konnte die Horn-Bad Meinberger Kommunalpolitik der rasanten Arbeitsplatzvernichtung in unserer Stadt nicht mit einem untätigen „Augen zu“ begegnen.

Hätte das Gewerbegebiet zusätzliche Gewerbeansiedlungen, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze gebracht, dann hätte sich die Attraktivität der Stadt und die Lebensqualität der Menschen strukturell verbessert. Denn die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Stadtgebiet ist gravierend:

Von 1995 bis 2006 wurde jeder 4. Arbeitsplatz „abgebaut“. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sank um rd. 30 %, während die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten um ca. 25 % anstieg. Die größten Arbeitsplatzverluste gab es im verarbeitenden Gewerbe, im Bau- und Gastgewerbe. Dieser Arbeitsplatzverlust spiegelt sich auch bei den Auszubildenden wieder: 68 von 292 Ausbildungsplätzen wurden vernichtet.

Ausreichend auskömmliche Arbeitsplätze sind von existenzieller Bedeutung sowohl für die Bürger/innen als auch für das Gemeinwesen. Doch kein Versprechen konnte bisher eingelöst werden.

Stattdessen flossen Erschließungskosten in Millionenhöhe in das Projekt. Weitere Ausgaben sind im Haushaltsplan vorgesehen und fehlen an anderer Stelle. Großmächtig angekündigte Vermarktungsstrategien laufen ins Nirwana. Besserung ist nicht in Sicht. Der "große Wurf" droht ein Millionengrab für die Steuerzahler/innen zu werden und den Ruin der Stadt zu beschleunigen. Zu Recht stellt sich die Frage: Wie lange noch? Gibt es überhaupt einen Bedarf an zusätzlichen Gewerbeflächen in Horn-Bad Meinberg oder wäre ihre Schaffung genau so unsinnig wie die Ausweisung neuer Wohngebiete? Die Stadtentwicklung sollte sich wieder auf ihre Stärken konzentrieren: Horn-Bad Meinberg als Gesundheits-, Kur- und Erholungsstandort, z. B. als Tor zu einem Nationalpark Teutoburger Wald/Externsteine.

"Wenn du ein totes Pferd reitest, steige ab", ist ein alter aber guter Ratschlag. Jetzt ist es an der Zeit, ein konkretes Datum festzulegen, wann das Projekt "Industriegebiet Belle" abgeschrieben wird. Die vorgesehenen finanziellen Mittel im Haushaltsplan können dann für andere Zwecke freigegeben werden.

Damit steht der Stadtrat wieder einmal vor der Entscheidung, sich einem untätigen "Augen zu" zu verweigern.

# Endlich ein neuer Treffpunkt für den Stadtverband Lemgo

**Da im März das Friedensbüro geschlossen hatte, lag der Stadtverband einige Zeit brach und wir mussten einen anderen Ort für unsere Treffen finden. Das gelang erst im November.**

Endlich konnten wir im Haus am Wall unsere Arbeit wieder aufnehmen und beschäftigen uns seither wieder mit der Politik in unserer Stadt und anderswo.

Auf der Sitzung am 1. Dezember haben wir den Film „Sicko“ von Michael Moore gesehen, der sich mit dem Gesundheitssystem der

USA beschäftigt und es mit anderen Ländern vergleicht. Der Eindruck lässt sich nicht vermeiden, dass unser Gesundheitssystem den Zuständen in den USA immer ähnlicher wird.

Begonnen haben wir auf unserer ersten Sitzung im November mit einer Diskussion der finanziellen Situation der Stadt Lemgo. Die Aussagen des Lemgoer Kämmerers, Herrn Tolkemit, sind nicht überzeugend. Er entwickelt ein Modell, bei dem nur weiter gespart und auf alles Überflüssige (was das Leben

lebenswert macht?) verzichtet werden muss. Es bliebe zwar ein Defizit übrig, so Tolkemit, das jedoch, sofern dieser Kurs fortgesetzt wird, langfristig die Chance bietet, den Haushalt auszugleichen.?!?!

Lieber Herr Tolkemit, auch wenn jährlich nur ein kleines Defizit übrig bleibt, wird die Schuldenlast größer und die Stadt versinkt im Schuldensumpf. Selbst wenn alle Daseinsvorsorge abgebaut wird, wird das Defizit der Stadt größer.

Ohne eine Steigerung der Einnah-

men kann es keinen ausgeglichenen Haushalt geben. Diese Steigerung kann aber nicht mehr aus den Taschen der Lemgoer bezahlt werden, sondern muss durch eine Erhöhung der Steuern erfolgen. Hier sind insbesondere die Steuern der Reichen auf ein Niveau anzuheben, das dem der Ära Kohl entspricht.

**Der Stadtverband DIE LINKE. Lemgo trifft sich alle 14 Tage Donnerstags um 18 Uhr in der Alten Schule, Lemgo.**

## Bürgerantrag DIE LINKE. Bad Salzuflen zum Erhalt der Grundschule Retzen

**Ich beantrage den Erhalt der Grundschule, weil die Anzahl der Kinder ausreichend ist für eine zukünftige Einzügigkeit.**

15 Kinder wurden konkret in Retzen angemeldet. 10 Kinder wurden von ihren Eltern in der Nachbargemeinde Lieme (Lemgo) angemeldet, weil sie das unerträgliche Verhalten der Bad Salzufler Politik leid sind. Es gibt genügend Verbundpartner, wenn notwendig. Die Politik muss dafür kämpfen, dass der Verbundträger die notwendigen, zusätzlichen Lehrerstunden bekommt.

Der vornehmlich und tatsächlich aus Kostengründen betriebene Schulschluss kann nicht akzeptiert werden, wenn gleichzeitig versucht wird, mit Millionen von Steuergeldern und einer massiven Naturzerstörung im Kurpark eine aus gesundheitspolitischer Sicht völlig idiotische Sicht – und Wegeachse im nächsten Jahr anzulegen.

Wenn man die in Retzen vorhandenen baureifen Grundstücke, rd. 25, kurzfristig jungen Familien anbietet, braucht man sich über mangelnde Kinder keine Gedanken mehr zu machen, s. Beispiel Knetterheide.

Best ausgebildete Kinder sind unsere Zukunft.

Manfred Lurz

\* Nachdem erst ein Tag vor der Sonderratssitzung bekannt geworden war, dass sich CDU und SPD zur Schließung der Grundschule in Retzen entschlossen hatten, entgegen jeder schulpolitischen Vernunft, war eine kurzfristige Aktion notwendig geworden.

## Kurze Wege für kurze Beine – auch in Retzen

**Stirbt die Schule, stirbt der Ort, eine alte kommunalpolitische Erkenntnis, auf tragische Art vielfach bewiesen. Investitionen in wohnortnahe Kinderbetreuungen und Grundschulen sind Investitionen in die Zukunft der Kinder und der Familien. Kommunale Familienfreundlichkeit ist ein unverzichtbarer und zunehmend wichtiger Standortfaktor für die Zukunft des Ortsteiles und der ganzen Stadt.**

Eine eindeutige Wahrheit und gleichzeitig politische Forderung von CDU und SPD auf Landes- und Bundesebene. Selbst die erzkonservative CSU in Bayern fordert den Erhalt wohnortnaher kleiner Grundschulen. Nur für die regionale Politik von CDU und SPD gilt das entgegen der eigenen Programmatik nicht.

Eltern kämpfen für ihre Schule, der Ortsausschuss ist einstimmig für den Erhalt, die Landesregierung signalisiert die kurzfristige Vorlage eines Konzepts zur Förderung kleiner Schulen, der größte Verband für Bildung und Erziehung im Land fordert den generellen Erhalt kleiner Schulen bis hinunter auf Klassengrößen mit 11 Kindern. Der VBE

fordert, dass Kinder möglichst nicht mehr als zwei Kilometer laufen und nicht länger als 15 Minuten im Bus sitzen sollen, um die Grundschule zu erreichen ...

An vielen Beispielen hat sich gezeigt, dass Konzepte für „Kleine Grundschulen“ nicht in die pädagogische Steinzeit zurückgreifen.

Die kleine Grundschule ist nicht die Minimalvariante der durchschnittlich großen Grundschule. Kleine Grundschulen haben besondere Qualitäten. Eine kleine Grundschule ist anders, aber meistens besser als eine große Grundschule.

Das Besondere an kleinen Grundschulen ist nicht allein durch Zahlen und Größen messbar, sondern zeichnet sich durch andere Arten des Lernens und der Organisation von Schule und Unterricht aus. Qualität ist keine Frage der Größe, wohl aber eine Frage des Inhalts.

Untersuchungen belegen: Kinder in kleinen Klassen sind im Unterricht aufmerksamer, führen Arbeitsaufträge verlässlicher zu Ende, arbeiten besser mit anderen Kindern zusammen und stellen häufiger von sich aus Fragen, um



weitere Informationen zu erhalten. Sie verbreiten während des Unterrichts weniger Unruhe und sind seltener passiv oder geistesabwesend.

Davon profitieren auch die Lehrer: Sie lernen in einer kleinen Klasse die Vorkenntnisse und die intellektuellen Möglichkeiten ihrer Schüler besser kennen. So sind sie eher in der Lage, ihren Unterricht schülergemäß zu gestalten.

Die fruchtbare Kommunikation, die sich in einer kleinen Klasse langfristig entwickeln kann, dürfte die entscheidende Ursache dafür sein, dass kleine Klassen helfen, soziale Ungleichheiten zu mildern. Bessere Arbeitsbereitschaft und Kooperation sowie das erlernte Sozialverhalten setzen sich auch in der Oberstufe fort.

Dazu kommen unterrichtsunabhängige Faktoren:

Kinder, denen es erspart bleibt, in den ersten Schuljahren kilometerweit zur nächst größeren Schule transportiert und damit aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen zu werden, erleben im eigenen Ortsteil Überschaubarkeit, Stabilität und Verlässlichkeit ihrer Lebensverhältnisse, identifizieren sich stärker mit ihrem Lebensmittelpunkt und entwickeln eine größere Ortsverbundenheit.

Kindergarten, Schule und Bürgertreffpunkt sind die Garanten für den Erhalt, Aufbau und Pflege eines sozialen und kulturellen Miteinanders im Ortsteil. Das ist attraktiv für Unternehmen und für Familien, die sich im Ort ansiedeln wollen.

Die SPD und die CDU wollen die Fußgängerzone im Ortskern Bad Salzuflen für viel Geld attraktiver machen. Dafür werden Millionen gebraucht, aber nicht auf Kosten der Infrastruktur von Ortsteilen. Die Beispiele Biemsen-Ahmsen und

Wülfer-Bexten, wo die Grundschulen bereits geschlossen wurden, sind beschämend.

Die SPD Bad Salzuflen, Motor der Retzer Schulschließung, will die Grundschule aus Kostengründen schließen! Ihr Fraktionsvorsitzender, Eduard Böger, hält pädagogisch nichts von kleinen Schulen und hat deshalb kein Problem damit. Als Vorsitzender des Schulausschusses sollte er einmal die Auswertungen der PISA-Studie lesen. Lebenslanges Lesen und Lernen auch für ältere Kommunalpolitiker mit pädagogischem Hintergrund!

Als nächstes hat er die Grundschulen in Wüsten und Lockhausen im Visier. Der leidenschaftliche Appell von Franz Müntefering im Kurhaus, mehr für Kindergärten, Schulen und Familien zu tun, scheint ihn nicht erreicht zu haben.

Bad Salzuflen besteht nicht nur aus dem Kurkerngebiet, die Ortsteile gehören mit gleichen Rechten dazu. Die SPD kann nicht aus Kostengründen die Schule in Retzen schließen und anschließend mit Millionen die Fußgängerzone attraktiver machen.

**Zur weiteren Absicherung des Schulstandortes in Retzen muss die Stadt jungen Familien die zur Verfügung stehenden 25 Baugrundstücke anbieten und damit langfristig Kindergarten und Schule sichern. Darüber hinaus müssen die kleinen Grundschulen in Bad Salzuflen durch einen intelligenten Verbund der Schulen untereinander abgesichert werden.**

Der Stadtverband DIE LINKE. Bad Salzuflen trifft sich immer Diens- tags um 18 Uhr in der Gelben Schule, Martin-Luther-Str. 1 in Bad Salzuflen.

# Friedliche Zukunft statt Militärhauptquartier!

Nun ist es also klar: Der Bundeswehrstandort Augustdorf wird nicht geschlossen, sondern massiv verkleinert. Die Konversion muss jetzt politisch geplant werden.

Und was macht der Bürgermeister Augustdorfs? Er tut so, als ob Augustdorf stürbe.

**Doch Augustdorf stirbt nicht.**

Ein Dorf stirbt, wenn es zerbombt und zerstört wird - nach dem Einsatz von Soldaten, wie sie hier in der Senne Krieg üben.

**Augustdorf lebt.**

In Augustdorf leben noch immer mindestens 8.000 Menschen. Diese brauchen Lebensmittel, diese brauchen Handwerker, diese tanken im Ort ...

Natürlich bedeutet eine Verkleinerung der Kaserne eine Veränderung für Augustdorf.

Ein Bürgermeister aber und eine Ratsmehrheit, die phantasielos und dumpf den Untergang Augustdorfs beschwört und einzig und allein auf das Militär als Perspektive setzt - ein solcher Bürgermeister und solche Kommunalpolitiker gefährden die Zukunft Augustdorfs!

**Zukunft schaffen - ohne Waffen!**

Wer selbst jetzt als einzige Zukunftshoffnung formuliert, dass

vielleicht doch mehr Soldaten bleiben würden, der verspielt eine Weiterentwicklung Augustdorfs - ja sogar die Weiterentwicklung der ganzen Region.

Das hier etablierte und von der IHK in der Presse genannte Kraftfahrer-Ausbildungszentrum der Bundeswehr oder auch das Dienstleistungszentrum der Bundeswehr wird durch einen Nationalpark nicht gefährdet. Das immer wieder zur Sprache gebrachte Bundeswehr-Fachärzteezentrum kann von einem

ruhigen, heilsamen Nationalpark nur profitieren.

**Die Zukunft Augustdorfs und der Region OWL ist nicht das Militär, sondern der Nationalpark Senne-Teutoburger Wald-Eggegebirge! Da die Bundeswehr nun verkleinert wird und die Britische Rheinarmee geht, wird die Senne nicht mehr militärisch benötigt. Für die gesamte Region bietet sich daher die einmalige Chance für eine friedliche, positive Entwicklung.**

## Nie wieder Fukushima!



In Lippe und überall hatte DIE LINKE zu den Mahnwachen aufgerufen, sich an ihnen beteiligt und sich im Parlament und auf den bundesweiten Demos für einen sofortigen Atomausstieg, im Grundgesetz verankert, eingesetzt.

Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW hat im Leitantrag festgestellt:

„SPD und Teile der Grünen haben sich seit Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt. Nun betreiben sie Mythenbildung und feiern sich als Speerspitze der Bewegung. In NRW könnten SPD und Grüne beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Atomausstieg ist. Doch die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg bleiben unangetastet, die Urananreicherungsanlage in Gronau wird weiter ausgebaut. Ausstieg sieht anders aus! DIE LINKE. NRW fordert die Landesregierung auf, den anstehenden Transporten des Castors im November die Durchfahrt durch NRW zu untersagen, keine PolizistInnen aus NRW ins Wendland zu schicken und sich an den Protesten und Blockaden zu beteiligen.“

Landessprecherin Katharina

Schwabedissen fordert in einer Presseerklärung zu recht: „Es gibt weltweit keine sichere Endlagerung und es wird niemals eine sichere Lagerung von Atommüll geben, der Millionen von Jahren strahlen wird.“

Eine Energiewende ist nötig und möglich und sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht den Interessen der Energiekonzerne untergeordnet wird. Die Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand – dezentral und demokratisch kontrolliert. Wir nehmen die Landesverfassung von NRW ernst, in der es heißt: ‚Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.‘“

## Ziviler Ungehorsam jetzt! -

„Stärkungspaktgesetz“ schwächt die Gemeinden

Zur Anhörung im Landtag zum Stärkungspaktgesetz für überschuldete Städte erklärt die parlamentarische Geschäftsführerin und kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, Özlem Demirel:

„Anstatt die den Kommunen durch Bund und Land vorenthaltenen Haushaltsmittel endlich nachzahlen und die Einnahmen der Kommunen dauerhaft zu erhöhen, werden die so genannten Konsolidierungshilfen an untragbare Bedingungen und Auflagen geknüpft. Unsere Fraktion im Landtag wird das Gesetz klar ablehnen. Wir akzeptieren keine Folterinstrumentarium à la IWF. Wir stehen für die Erhöhung der Einnahmen, anstelle einer Kürzungspolitik auf Kosten der Gemeinden und ihrer Bürger. Wir fordern eine echte Entschuldung, die den Namen verdient.“

Dabei will es die LINKE nicht belassen, sondern gegen das Gesetzesvorhaben aktiv werden. Demirel: „Wir rufen die betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu Protest und zivilem Ungehorsam auf.“

Auch die Gemeinden im Kreis Lippe sind überschuldet und teilweise bereits im Nothaushalt. Damit sind sie demnächst ebenfalls zur Durchsetzung der durch den so genannten Stärkungspakt erzwungenen Kürzungsmaßnahmen verpflichtet. Die Gruppe DIE LINKE im Kreistag Lippe schließt sich daher den Forderungen der Landtagsfraktion an. Berndt Wobig, Mitglied im Kreistag des Kreises Lippe, erläutert die Bedingungen für Lippe: „Wenn das Gesetz durchkommt,

bedeutet das zunächst für die 34 benannten und später auch für unsere Gemeinden das Streichen aller freiwilligen Leistungen, wie z.B. Bibliotheken, Schwimmbäder und Jugend- und Kultureinrichtungen. Selbst betriebsbedingte Kündigungen sind nicht ausgeschlossen. Der Lebensstandard, der Service und die öffentliche Daseinsvorsorge verschlechtern sich dadurch.“ Wobig kommt zu folgendem Fazit: **„Das Stärkungspaktgesetz schwächt in Wirklichkeit die Kommunen und bedeutet die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung. Bund und Land sind in der Pflicht, den Kommunen zu helfen, statt vergiftete Hilfen anzubieten.“**

Schicksal unserer Anträge im Kreistag, Teil 1:

Beschlussvorschlag 08.06.2011:

Der Kreistag Lippe möge beschließen, in die Satzung des potentiellen **Gesellschaftsvertrages zur Gesundheitsholding** folgende Klausel aufzunehmen:

„Künftige Entscheidungen über Änderungen, die die momentanen Besitzverhältnisse betreffen, bzw. verändern, sind mit einer Stimmenmehrheit von 2/3 der Gesellschafterversammlung zu beschließen, bevor sie dem Kreistag zur Abstimmung vorgelegt werden. Betroffen sind nicht Neugründungen bzw. Zukäufe, sondern ausschließlich Verkäufe, Teilverkäufe, oder auch Beteiligungen anderer.“

> Der ist leider verlorengegangen!

# Sind wir hier in Lippe wirklich so doof?

## Die Ergebnisse des Bertelsmann-Lernatlas und was wir daraus lernen können

**Die schlechten Ergebnisse der Studie müssen nach Ansicht der Kreistagsgruppe DIE LINKE mit großer Skepsis betrachtet werden. Die dargestellten Werte und das darauf beruhende Ranking beziehen sich auf Daten, die teilweise überaltert sind und deren Aussagekraft nicht verständig dargestellt wird.**

**Die schlechte Platzierung stellt dem Kreis Lippe bzw. den in Lippe wohnenden Menschen ein negatives Zeugnis aus, wobei die zugrunde liegenden Zahlen meist nicht von ihnen, sondern von anderen Bildungsakteuren zu verantworten sind.**

Im Bereich „Schulisches Lernen“ liegt die Verantwortung bei der Landesregierung. Ausführende Behörde ist die Bezirksregierung Detmold. Beim „Beruflichen Lernen“ sind es die Akteure in der Wirtschaft, der Agentur für Arbeit sowie ebenfalls die Landesregierung. Das „Soziale Lernen“ umfasst laut Lernatlas im wesentlichen die Bereitschaft zu freiwilligen unbezahlten Leistungen. Die Verantwortung für die Wahlbeteiligung und Mitgliedschaft in Parteien tragen mit Sicherheit die politischen Akteure auf allen Ebenen. Die Zahl der Jugendeinrichtungen darf sicher nicht gesenkt werden, aber das soziale Lernen kann nicht allein daran festgemacht werden. „Persönliches Lernen“ beruht laut Studie auf Aktivitäten in Weiterbildung, Kultur und Medienzugang. Daraus Rückschlüsse auf Bildung zu

### Schicksal unserer Anträge im Kreistag, Teil 2:

#### Beschlussvorschlag 08.06.2011:

Der Kreistag Lippe wendet sich gegen die Forderung der britischen Streitkräfte nach uneingeschränkter **Nutzung des militärischen Übungsgeländes in der Senne**. Die britische Militärverwaltung wird aufgefordert, unzumutbare Belastungen der Bevölkerung durch militärische Übungen einzustellen und bereits formulierte Beschränkungen auch in Zukunft zu achten. **> Der wurde leider von allen anderen abgelehnt!**

ziehen, kann als denunziatorisch bezeichnet werden.

**Die Schlussfolgerungen der Studie weist die LINKE Kreistagsgruppe daher im Großen und Ganzen zurück. Einzelne Punkte sollten jedoch als Hinweise aufgenommen und genauer betrachtet werden.**

#### Bereich Schulbildung

##### Klassenwiederholer

Alle wissenschaftlichen Untersuchungen belegen, dass Sitzenbleiben nur Geld kostet und nicht hilft. Durch Verbot des Sitzenbleibens sowie geeignete Fördermaßnahmen, z.B. Schulsozialarbeit und Förderkurse für potentielle Sitzenbleiber könnte dieses Problem behoben werden.

##### Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

Das schlechte Abschneiden lastet KTM Berndt Wobig der mangelhaften Förderung an. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen die Schule wesentlich häufiger ohne Schulabschluss als die anderen. Gerade zur Förderung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund stellt das Land Nordrhein-Westfalen dem Regierungsbezirk Detmold jährlich 439 Stellen für die Integrationshilfe, insbesondere für Sprachförderung, zur Verfügung. Das sind ca. 2,6 Mio €.

Diese Fördermittel werden den Schulen nach Vorlage eines Förderkonzeptes zugeteilt. Ob die Förderkonzepte durchgeführt worden sind oder welche Erfolge diese Konzepte erzielt haben, wird nicht überprüft. Zu diesem Sachverhalt äußerte sich Schulrat Schmitz aus dem Dezernat 4.8 beim Regierungspräsidium für Sport und Integration, auf dem 5. Integrationskongress in Delbrück. Er gab zu, dass die Förderkonzepte von der Bezirksregierung nicht auf ihre Durchführung oder ihre Erfolge hin überprüft werden. Im Übrigen, so führte er weiter aus, wäre den Migranten ja auch geholfen, wenn dieses Geld in den allgemeinen Gesamtetat der Schulen fließen würde. Damit sei er auch ausdrücklich zufrieden.

Wobig kritisiert: „Die hier vorhandenen Gelder werden nicht dem Zweck zugeführt, für den sie

gedacht sind. Auf eine Begründung für die Zweckentfremdung warten wir auf dem Integrationskongress vergebens.“

Hingegen würde die sachgerechte Verwendung der Gelder zur Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund eine große Chance im Übergang Schule – Beruf bieten. Durch gezielte Förderung und regelmäßige Überprüfung der mit dem Geld vorgenommenen Maßnahmen könnte die Ausbildungsfähigkeit genau dieser Schülerinnen und Schüler stark verbessert werden.

##### Hochschulabschluss

Hier schlägt die frühe Ein- oder besser gesagt Aussortierung der Kinder nach der 4. Klasse der Grundschule durch. Längeres gemeinsames Lernen könnte dieses Problem langfristig beheben. Hierzu sind einige Zahlen sehr aufschlussreich: Nach den Untersuchungen im Jahr 2009 machen an den Gesamtschulen 70% der SchülerInnen ihr Abitur, obwohl sie keine Gymnasialempfehlung hatten. Mehr als 30% der AbiturientInnen an Gesamtschulen haben einen Migrationshintergrund, wobei die Quote an Gymnasien weniger als 15% beträgt. Offensichtlich waren in allen Fällen, wo ein Kind ohne Gymnasialempfehlung doch noch sein Abitur gemacht hat, die Empfehlungen der GrundschullehrerInnen falsch. Der Ausweg wäre hier „Eine Schule Für Alle“, von der Klasse 1 – 10.

#### Bereich Hochschulbildung

Lippe hat zwei Fachhochschulen, die spezialisiert sind. Es sollte geprüft werden, ob die Zahl der Studienplätze noch erhöht werden kann, obwohl in einigen Veranstaltungen der Platz heute schon nicht mehr ausreicht. Hierzu wären selbstverständlich umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen der beiden Fachhochschulen erforderlich. HochschulabsolventInnen zieht es in Gebiete, in denen Arbeitsplätze für sie verfügbar sind. Angesichts der wirtschaftlichen Lage der Region mit nur wenigen Industriebetrieben erscheint ihre Abwanderung verständlich. In diesem Bereich erfordert eine Veränderung außerordentliche Anstrengungen.

#### Bereich Berufliches Lernen

Das Übergangsmanagement Schule – Beruf ist eine Querschnittsaufgabe für alle Akteure.

Wobig führt aus: „Nicht Strukturen bringen Abhilfe oder Verbesserung, sondern nur Maßnahmen. Deshalb plädieren wir für eine Überprüfung sämtlicher Aktivitäten auf ihre Wirksamkeit. Jede Tätigkeit, die nicht unmittelbar mit Maßnahmen zur Förderungen der Ausbildungsfähigkeit verbunden ist, sollte eingestellt werden.“

Wir sollten kopflastige Strukturen und die Strukturen selbst vermeiden, die gefühltermaßen oft nur ihrem Weiterbestehen verpflichtet sind. Statt dessen müssen Programme entwickelt werden, deren Erfolge an Hand von Referenzzahlen eindeutig überprüfbar sind.“ Das Problem der Ausbildungsabbrecher kann nur nach einer Abfrage der dafür ausschlaggebenden Gründe verringert werden.

#### Berufliche Weiterbildung

Durch die Optionskommune hat der Kreis nun die Möglichkeit, diesen Bereich zu verbessern und sich von einem der letzten Plätze zu verabschieden.

„Uns schwebt dazu die Entwicklung von Programmen vor, die zielgenau zunächst auf die Bedürfnisse der Menschen und dann auch auf die Bedürfnisse der Betriebe in der Region zugeschnitten sind,“ erläutert Wobig den Ansatz der LINKEN. „Hier raten wir, wie schon im Bereich der Beruflichen Bildung, von der Entwicklung kopflastiger und kostenintensiver Strukturen ab. Man sollte sich auf die Entwicklung von Maßnahmen mit eindeutiger Überprüfbarkeit beschränken. Diese könnten im Bereich der bestehenden Verwaltung angesiedelt werden.“

Insbesondere sei aufgefallen, dass die Qualifizierungsmaßnahmen von Arbeitslosen offensichtlich nicht zu ihrer Wiedereingliederung taugen. Überflüssige, bzw. nicht zum Erfolg führende Maßnahmen seien einzustellen und durch solche zu ersetzen, die tatsächlich Wirkung erzielen. Der Kreis Lippe könne zudem im Bereich des Coaching oder der Supervision am Arbeitsplatz beispielgebend vorangehen.

Rede von Berndt Wobig auf der Kreistagssitzung vom 17.10.2011

## Sparkassenfusion erfährt keine Zustimmung von der LINKEN

### 1. Bezug

Am letzten Donnerstag hat der Detmolder Haupt- und Finanzausschuss über die Sparkassen-Fusion abgestimmt. Herr Brieden-Segler von der Fraktion der Grünen in Detmold sagte dazu in der Debatte, dass es sinnvoll sei, die bestehenden Sparkassen beizubehalten. Er begründete die Ablehnung der Fusion u. a. damit, dass eine neue Bankenkrise heraufziehen würde.

Wer die Medien seither verfolgt hat, ist sicherlich mit mir der Meinung, das die Bankenkrise nicht mehr heraufzieht, sondern dass sie bereits da ist.

Weltweit gehen Millionen Menschen gegen die Finanzmarktakteure bei den Banken und die untätigen Politiker auf die Straße. Es erscheint fast als Treppenwitz, dass wir hier die Fusion von zwei gut aufgestellten und erfolgreichen Sparkassen beschließen.

### 2. Fakten

Diese Fusion bringt nach den Darstellungen der Befürworter Vorteile im Investment- und Kreditgeschäft.

Bei Investmentgeschäft läuft es mir eiskalt den Rücken herunter, wenn ich an die Finanzkrise 2008 und deren Folgen denke.

An der Vergabe von größeren Krediten ist insbesondere die Sparkasse Detmold interessiert, die mit 2/3 ihres Geschäfts im Privatkundenbereich tätig ist. Übrigens sehr erfolgreich. Angesichts der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der düsteren Aussichten für die deutsche Wirtschaft darf aber der Begriff Kreditrisiko nicht unerwähnt bleiben.

### 3. Persönliche Betroffenheit

Mein Schwiegervater ist Zeit seines Lebens Kunde der Sparkasse. Wenn ich mit ihm rede, dann höre ich nicht, dass er darunter leidet, dass die Sparkasse Detmold zu wenige große Kredite vergibt. Er hat Angst um sein Ersparnis. Angst davor, dass wie vor einigen Jahren die Sparkasse einen zweistelligen Millionenbetrag durch die Schieder-Pleite in den Sand setzt.

Er hat Angst davor, dass seine

Stadt wie Köln 2008 die Sparkasse durch die Übernahme von Garantien und den Zuschuss einer großen Summe retten muss.

### 4. Grüne

Meine Damen und Herren von den Grünen: Wie steht es denn mit Ihrer Forderung nach Dezentralisierung auf allen Ebenen? Haben Sie nicht gerade in der letzten Woche die Zerschlagung von großen Banken gefordert?

### 5. Allgemeinheit

Die meisten Menschen verstehen die Zusammenhänge der Finanzkrise nicht mehr. Die



ruiniert haben.

### 6. Versprechungen

Jetzt möchte ich ein paar Worte zu den Versprechungen im Zusammenhang mit der Fusion sagen.

Die Beruhigungsspielle „keine fusionsbedingten Filialschließungen und Kündigungen“ beruhigt nicht wirklich. Ähnlich klang das auch bei der Fusion der Lemgoer mit der Salzuffer Sparkasse. Tatsächlich gab es im unmittelbaren Zusammenhang mit der Fusion auch keine. Aber wie lang ist denn die Schamfrist mit dem Zusatz „fusionsbedingt“?

Jeder Vorstand und jeder Ver-

**Die Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Westfalen Lippe hatte den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Detmold, Sparkassendirektor Jürgen Wannhoff, im Juni einstimmig zum neuen Vizepräsidenten und Mitglied des Vorstandes des SVWL des Sparkassenverbands Westfalen Lippe gewählt. Der Zusammenschluss der beiden Sparkassen im November, so die beiden an den Fusionsgesprächen beteiligten Landräte, Friedel Heuwinkel und Manfred Müller in einer PM vom September, komme für den ein oder anderen überraschend. Unklar bleibt, warum diese Fusion in solcher Eile durchgezogen wurde.**

waltungsrat würde seinem Auftrag nicht gerecht, wenn er mögliche Synergieeffekte nicht nutzte. Wenn also nach ein bis zwei Jahren sogenannte unwirtschaftliche Filialen geschlossen und ausscheidende Mitarbeiter nicht mehr ersetzt werden, spräche man von erforderlichen Einsparungen zum Nutzen der Sparkasse und der Sparer.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir und viele Menschen in der Region aus den schlechten Erfahrungen heraus den Versprechen und Beteuerungen der Politik nicht mehr glauben.

### 7. Hektik

Einen Grund für das teilweise hektische Vorgehen gibt es unseres Erachtens nicht. Der Herr Wannhoff hat doch seinen Posten im Re-

gionalverband sicher. Wir könnten uns jetzt doch die erforderliche Zeit lassen und erst mal die wirtschaftliche Entwicklung bis zum nächsten Jahr abwarten. Ich erwarte von dieser Entwicklung nicht viel Gutes.

### 8. Noch ein Wort zur politischen Kontrolle

Ich stelle fest, dass durch die Fusion der Sparkassen die politische Kontrolle geringer wird. Zwar noch nicht jetzt, aber ab 2018. Der Verwaltungsrat wird dann vermutlich halbiert.

Eine Verschiebung des politischen Einflusses findet aber schon jetzt durch die Mehrheitsverhältnisse des zukünftigen gemeinsamen Verwaltungsrates statt. Ich verstehe Sie, Herr Kalkreuter, und Ihre Partei, die SPD, nicht. Ihr Einfluss wird doch deutlich geringer.

Wir meinen, dass die politische Kontrolle bisher zum Wohl des Kreises und der Kommunen bisher gut funktioniert hat, und dass das so bleiben sollte.

### 9. Die Linke

Wir sind der Auffassung, dass in einer politisch und wirtschaftlich unsicheren Zeit ein Vorhaben mit unsicherem Ausgang durchgepeitscht werden soll. Wir meinen, dass man sich für ein solches Vorhaben die erforderliche Zeit lassen sollte. Wir meinen, dass der Weggang eines Leiters kein hinreichender Grund ist, ein solches Vorhaben in so kurzer Zeit durchzuführen. Vielleicht wäre es hilfreich, mal die Sparkassenkunden zu befragen. Wir jedenfalls werden dagegen stimmen.

Gruppe DIE LINKE,  
im Kreistag Lippe  
Felix-Fechenbach-Str. 5  
32756 Detmold  
Büro: Raum 508  
Telefon: 05231-62508  
E-Mail: die.linke@lippe.de  
Bürozeiten: Di - Do 14-16 Uhr

Sitzungen :  
14-tägig Dienstags außer in den  
Ferien  
1. Termin 2012: 17. Januar

# Wegschauen hilft nicht!

Ende 2010 veröffentlichte der Staatsschutz auf Anfrage der SPD Kreistagsfraktion Lippe seine Statistik über die Naziszene in Lippe. Mittlerweile ist über ein Jahr vergangen, in dem sich die menschenverachtende Szene weiter entwickelt hat. Vor dem Hintergrund der staatlichen Verstrickungen im Fall der nationalsozialistischen Terrororganisation NSU ist es wichtig, die Augen in Richtung Rechts weit offen zu halten sowie Aufklärung und Widerstand in der Zivilgesellschaft gegen Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Antiislamismus zu verstärken.



Nazi-Aktivisten (links) aus Lippe bei der Nazidemo in Dortmund im September 2011

Ob die damalige Erklärung des Staatsschutz Bielefeld ein realistisches Spiegelbild der lippischen Naziszene ist, wird durch Rechercheergebnisse der regionalen Antifa in Frage gestellt.

Die Polizeibehörde gab 2010 bekannt, dass es in Lippe 11 Personen der organisierten Naziszene gäbe, wovon keine „polizeilich als gewaltbereit eingestuft“ ist. Die Bielefelder Beamten wollten außerdem keine überregionalen rechten Treffpunkte im Kreisgebiet kennen. Ihre Erkenntnisse bezogen sich auf Ermittlungen bei rechtsgerichteten Straftaten und Beobachtungen bei Demos, Konzerten und Sonnenwendfeiern. Doch rechte Kultur zeigt sich nicht nur in solchen Veranstaltungshighlights, sondern findet grade im Alltäglichen statt, wie die jüngsten Ereignisse gezeigt haben:

Die Gedenkstätten für die Opfer der Progromnacht 1933 wurden im November 2011 in Detmold mit Hakenkreuzen beschmiert und der Trauerkranz wurde gestohlen. Auf diesen Affront reagierten die Detmolder AntifaschistInnen am folgenden Samstagnachmittag mit einer Demo gegen die bestehen-

## linksjugend [solid]

Basisgruppe Lippe

Infos zu Treffen, Demos und Aktionen bekommt ihr unter Web: [linksjugendlippe.blogspot.de](http://linksjugendlippe.blogspot.de)  
Mail: [solid@dielinke-lippe.de](mailto:solid@dielinke-lippe.de)  
oder im LINKEN-Büro in Detmold, Exterstraße 9.

den Nazistrukturen. Im Laufe der Kundgebung wurde ein bekannter Neonazi von den Anwesenden gebeten zu gehen. Während seines unfreiwilligen Rückzuges zeigte er mit seiner linken Hand einen Hitlergruß. Noch in der selben Nacht überfielen schwarz gekleidete Männer mit schwarzen Caps am Kundgebungsort einen Menschen mit Migrationshintergrund und verletzten ihn mit Pfefferpray. Glücklicherweise konnte er sich in einer nah gelegenen Imbissbude die Augen auswaschen.

Die regionale Antifa veranstaltete kurz danach einen Infoabend, der über die bestehenden Nazistrukturen informierte. In einem Bildvortrag wurde nachgewiesen, dass 21 Naziaktivisten in Lippe leben, die zum Teil gute Kontakte zu umliegenden und größeren Kameradschaften wie Hamm, Dortmund und Minden haben. Etwa die Hälfte davon ist bereits auf Nazidemos aufgefallen. Zudem ist mit einem erweiterten Personenkreis von über 55 Menschen zu rechnen, der sich von Führungskadern bis hin zu Mitläufern und Sympathisanten erstreckt. 35 Personen aus diesem Umfeld sind in der Gegend in und um Detmold zu verorten.

Neben den vom Staatsschutz beobachteten Veranstaltungen gelten aber gerade die Alltagsverbindungen der Faschisten als Gefahrenpotenzial für die Ausbreitung einer Nazikultur in Lippe. Die modernen Nazis, die sich selbst „nationale Sozialisten“ schimpfen, treten als Feierclique in Diskotheken, als Saufkumpane im Park oder als „sorgende Kameraden“ in der Schule auf. Ihre Kleidung

verrät sie dabei nicht als Faschos, wie es in den 90er-Jahren mit den Skinhead-Nazis der Fall war. Die Springerstiefel sind den Addidas Samba oder New-Balance Sportschuhen gewichen, die Kleidung ist bis zur Kappe einheitlich schwarz. So erreichen sie viele Jugendliche, die sich für „unpolitisch“ oder „patriotisch“ halten und nicht wissen, dass dieser Kontakt direkt in die Kreise einer der dümmsten und menschenverachtendsten Vernichtungsideologie führt.

Neben der Fehleinschätzung über die Größe der Naziszene liegt der Staatsschutz auch bei der überregionalen Attraktivität Lippes schwer daneben. Ende September 2011 gelangte ein Aufruf der NPD Friesland zu einem Tagesausflug an die Externsteine und zum Herrmannsdenkmal in die Öffentlichkeit. Mitglieder wie „Freie Kräfte“ wurden hierzu eingeladen. Leider kein Einzelfall: Regelmäßig besuchen Nazi-Kameradschaften von weit her die lippischen Tourismusattraktionen. Der Reiz solcher Ausflüge liegt im heidnischen und nationalen Hintergrund dieser Ziele.

Wie die jüngste Geschichte zeigt, dürfen die Existenz und Entwicklung rechter Szenen nicht verschwiegen werden. Sie müssen beobachtet, benannt und bekämpft werden. Auf ernst gemeinte Initiativen der lippischen Städte sowie des Kreises ist zu hoffen. Aber realistischerweise werden wohl, wie so oft, nur zivilgesellschaftliche Gruppen vor Ort über die faschistischen Strukturen informieren und sie bekämpfen. Diesen AktivistInnen sichern wir unsere volle Solidarität zu.

## Chronologie faschistischer Aktionen und Gewalt gegen linke Einrichtungen in Lippe

27. November 2010

Auf der „Andreasmesse“ verletzen Neonazis linke Jugendliche mit Pfefferspray.

9. Juli 2011

Lage/Heiden: Vier Nazis beginnen nach rassistischen Beleidigungen eine Kneipenschlägerei.

23. September 2011:

Jugendliche mit Kontakten zur FK Detmold werden vom Gelände der Realschule 1 verwiesen.

15. Oktober 2011:

Während der Antifaschistischen Aktionstage in Detmold wird ein Stein durch ein Fenster der Alten Pauline geworfen.

19. November 2011, 14:30 Uhr:

Bei einer Kundgebung auf dem Bruchberg Detmold zeigt ein bekannter Neonazi den Hitlergruß, als er aufgefordert wird zu gehen. Die Polizei greift, anders als im Polizeibericht dargestellt, nicht ein.

19. November 2011, abends:

Detmold: Vier schwarz gekleidete Männer greifen am späten Abend in der Nähe eines Imbiss' auf dem Bruchberg einen Mann mit dunkler Hautfarbe an. Sie sprühen ihm dabei Pfefferspray ins Gesicht.

Quelle: [www.hiergeblieben.de](http://www.hiergeblieben.de)  
(Linke Datenbank für Ostwestfalen-Lippe)

# Programm der LINKEN nur ein Plagiat!

(Vorsicht, Glosse)

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch [...] kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht [...] und den inneren und äußeren Frieden sichert. [...] Die neue Struktur der deutschen Wirtschaft muss davon ausgehen, dass die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist. [...] Auch bei der [...] Großindustrie ist der Weg der Vergesellschaftung zu beschreiten. [...] Das Genossenschaftswesen ist mit aller Kraft auszubauen.“

Auszüge aus dem frisch beschlossenen Erfurter Grundsatzprogramm der LINKEN? Mitnichten! Es handelt sich beim obigen Text um Passagen aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947!

Damit ist völlig klar: DIE LINKE hat abgeschrieben! Geschickt abgeschrieben, zugegeben, aber abgeschrieben. Das Erfurter Programm ist ein Plagiat! Trotz leichter Umformulierungen hier und da ist die Nähe zum Ahlener Programm nicht zu übersehen. Peinlich!

Die teils überaus aggressiven Anfeindungen christdemokratischer Abgeordneter – ihre Namen muss man nicht kennen – in der aktuellen Stunde im Bundestag zum Thema LINKEN-Programm erscheinen nun in anderem Licht: Als hilfloser Ablenkungsversuch von der Betrachtung eigener sozialistischer Geschichte. Darauf angesprochen, reagierte das christdemokratische Jungvolk mit ungläubig verunsichertem Gelächter. Die christlichen Senioren aber gaben sich heftigen psychosomatischen Panikreaktionen hin, wechselten auf der Verhaltensebene augenblicklich von Logorrhoe zu Diarrhoe und entschwanden in Richtung Bundestagsklo.

**Böse LINKE!**

## Neues von Hartz 4:

Geld aus einer **Stromkostenerstattung** darf Hartz-4-BezieherInnen nicht als Einkommen auf das Arbeitslosengeld II angerechnet werden, entschied das Bundessozialgericht unter den Aktenzeichen B 14 AS 186/10 R und B 14 AS 185/10 R. Damit ist diese in der Vergangenheit sehr oft strittige Angelegenheit höchstrichterlich entschieden. Konkret gaben die Richter einer 33-jährigen Frau und ihrer Mutter Recht, die nach besonders sparsamem Verbrauch von den Stadtwerken eine Stromkostenerstattung in Höhe von 164 Euro erhalten hatten. Das Jobcenter rechnete die Hälfte als Einkommen an und kürzte entsprechend das auszuzahlende Arbeitslosengeld II. Dies erklärte das Bundessozialgericht als unzulässig.

Die so genannten **P-Konten** (pfändungssichere Konten) führen häufig zu hohen Gebühren bei den Geldinstituten. Dies ist durchaus rechtens und wird so auch von der Detmolder Sparkasse praktiziert, die die Konten von ALG-2-EmpfängerInnen sonst gebührenfrei führt. Betroffene sollten unbedingt nach einem preiswerteren Institut suchen, und zwar noch bevor das Konto in ein P-Konto umgewandelt werden muss.

**Bürgerarbeit** wird in Lippe von den Kommunen und Kirchen tariflich entlohnt, nicht jedoch bei freien Trägern wie der Lebenshilfe. Allerdings wird eine Verweigerung solcher Tätigkeiten nicht sanktioniert. Ohne Tariflohn liegt der Verdienst nur bei knapp 1.000 Euro brutto. Trotzdem entfallen etliche Vergünstigungen wie z. B. Befreiung von GEZ-Gebühren.

# Mundraub und Raub

**In der heimischen Presse war es zu lesen: Ein „diebisches“ Pärchen soll in Bad Salzuflen von der Polizei mit „jeder Menge“ gestohlenem Schulmaterial „in doppelter Ausführung“ sowie zwei Trainingsanzügen ertappt worden sein.**

**Ein streng zu ahndender Diebstahl oder Mundraub? Worum mag es hier gehen?**



„Wenn du in deines Nächsten Weinberg gehst, so magst du Trauben essen nach deinem Willen, bis du satt bist, aber du sollst nichts in dein Gefäß tun.“ So oder so ähnlich ging man zu alttestamentarischen Zeiten mit dem um, was man erst viel später als Mundraub bezeichnete. Zwar wurde dieser schon vor Jahrzehnten in Deutschland als eigener Straftatbestand abgeschafft, aber Diebstahl geringwertiger Sachen wird auch heute nur auf Strafantrag verfolgt.

Das „diebische“ Pärchen hat laut Presse vier Kinder, offensichtlich zwei davon im schulpflichtigen Alter. Wie sonst wäre zu erklären, dass jenes Schulmaterial nur in zweifacher Ausfertigung den Besitzer wechselte? Nun wissen wir alle, dass Kinder, vier zumal, in der heutigen Zeit eines der großen Armutsriskien darstellen. Wir wissen auch, dass gemäß Bildungspaket der Bundesregierung 100 Euro pro Kind und Jahr für Schulsachen nicht ausreichen. So betrachtet, macht die Menge gestohlenen Schulmaterials in doppelter Ausführung einen bedachten Sinn.

Was aber ist von den beiden gefundenen Trainingsanzügen zu halten? Nun, bei vier Kindern sind alle Eltern dieser Welt froh, wenigstens einige von ihnen zeitweise „sinnvoll untergebracht“ zu wissen, z.B. in einem Sportverein. Dort können sich die Kinder austoben,

sind integriert, haben Kontakte und üben sich in Sozialverhalten. Welche Eltern wünschen sich das nicht für ihre Kinder? Nun, unsere „diebischen“ offensichtlich schon.

Im Bildungs- und Teilhabepaket der Regierung werden für den Sportverein pro Kind und Monat jedoch lediglich 10 Euro auf Antrag und mit Glück bereitgestellt. Damit ist mal gerade der Mitgliedsbeitrag

bezahlt. In der Presse erfahren wir, dass ein Trainingsanzug den Wert von 39,90 Euro hatte. Wenn die Eltern Bildungspaket-Leistungsrechte sein sollten, müssten wir auch davon ausgehen, dass sie diese Sportkleidung gar nicht hätten bezahlen können. Dafür gibt's nämlich kein Geld.

Also könnte das ganze eine Art Mundraub gewesen sein? Wir wissen das natürlich nicht wirklich. Aber denkbar wär's. Von hier aus wünschen wir den Eltern jedenfalls, dass sie glimpflich davon kommen. Denn, wenn es so ist, wie wir oben überlegt haben, sind nicht sie, die sich um ihre Kinder kümmern wollten, die Kriminellen.

Die wirklich Kriminellen sind, jedenfalls im moralischen Sinne, andere. Es sind diejenigen, die diese Gesetze machen. Sie lassen Kindern, die in Armut leben, keine Chance auf Bildung und Teilhabe. Gesetze, die Ausgrenzung eher fördern, als diese Kinder gesellschaftlich einzubeziehen, sind lediglich Augenwischerei und nichts anderes!

**Und: Was ist Mundraub gegen den Raub, den wirklich Asoziale betreiben, Banker, Spekulanten und Zocker, die längst nicht mehr nur große Teile der menschlichen Gesellschaft wegbrechen, sondern ganze Staaten in den Ruin treiben, zwischen Luxus-Lunch und Drei-Uhr-Golf-Event?**

# Noch ganz dicht?

Die Bürgerinnen und Bürger in Detmold sind zunehmend beunruhigt. Was wird aus dem von der rot-grünen NRW-Regierung bisher verteidigten Paragraph 61a Landeswassergesetz (LWG), der die Überwachung privater Abwassereinleitungen regelt?

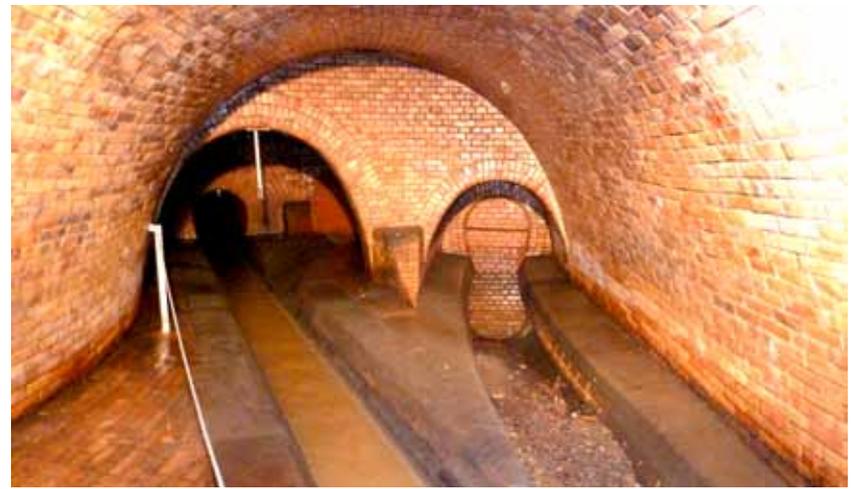
**Im März diesen Jahres wurde hierzu eine von vielen DetmolderInnen unterzeichnete Petition an den Düsseldorfer Landtag überreicht. Hierin brachten sie ihre Besorgnis über eine ihrer Meinung nach unsinnige und ungerechte Maßnahme zum Ausdruck.**

Die Antwort des Petitionsausschusses ist insgesamt durchaus verständnisvoll. So bittet er „das zuständige Ministerium der Landesregierung (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz) um wissenschaftlich belastbare Äußerungen über die tatsächlichen Gefahren, die von Leckagen an Hausanschlüssen entstehen können“. Nach seiner Auffassung ist „nur der Nachweis objektiver Gefahren durch defekte Leitungen Grundvoraussetzung für die Einsicht der Hauseigentümer, entsprechend hohe finanzielle Mittel für die Sanierung bereit zu stellen“.

Das zuständige Ministerium

bleibt den Nachweis schuldig. In seiner zum Teil leicht herablassend formulierten Stellungnahme (man hat es wohl mit dummen Bauernschläppeln zu tun) verweist es auf rechtliche Fakten, wiederholt unbewiesene Größen an Verschmutzungsgraden, Fremdwassereinlässen und Weiteres. Abschließend fällt ihm nichts Besseres ein, als hinsichtlich der nicht bestrittenen eventuell hohen Kosten auf Kreditmöglichkeiten zu verweisen. Empathie und Verständnis? Fehlangelegenheit!

Für die Menschen in Detmold aber steht fest: „Es gehört sich nicht, uns auf allen politischen Ebenen mit Zuzahlungen, Gebührenhöhungen und weiteren Verpflichtungen zu belasten. Es gehört sich besonders dann nicht, wenn man uns andererseits unsere Einkünfte beschneidet durch faktische Rentenkürzungen und weitere Streichungen. Und es gehört sich schon gar nicht, wenn man uns dann noch zu einer Maßnahme der Dichtheitsprüfung verpflichtet, de-



**Dichtigkeitsprüfungen: In Nordrhein-Westfalen ein GRÜNES Steckenpferd von Umweltminister Rimmel**

ren Sinn nicht bewiesen ist, die von anderen Bundesländern als unnötig abgelehnt wird, uns aber womöglich erhebliche Kosten verursacht.

Wenn der Kämmerer der Stadt Detmold zu Recht darauf verweist, dass eine Kreditaufnahme der Stadt Detmold zum Zweck eines ausgeglichenen Haushalts eine unzumutbare Belastung in die Zukunft hinein darstellt, kann das Düsseldorfer Umweltministerium nicht davon ausgehen, dass selbiges für uns Bürgerinnen und Bürger nicht gilt, wenn wir uns zu Sanierungszwecken verschulden müssen.“

Derartiges und Ähnliches haben wir in den letzten Wochen und Monaten oft hören können. DIE

LINKE unterstützt diese Kritik und versteht die darin zum Ausdruck kommenden Sorgen nur zu gut, sind doch mehrere ihrer Mitglieder auch von diesem Unsinn betroffen.

Immerhin kann zum Schluß eine etwas erfreuliche Mitteilung gemacht werden:

Auf Initiative der AUF-Partei hat der Rat der Stadt Detmold eine, wenn auch abgeschwächte Resolution verabschiedet. In dieser wird an die Landesregierung appelliert, sich für eine bundeseinheitliche Regelung der Dichtheitsprüfung einzusetzen. Was das inhaltlich letztlich bedeutet, bleibt offen. Es ist aber wohl eine (erste?) Reaktion auf Unmut in der Bevölkerung.

# Rechte Schlapphüte

**Nicht wenigen LINKEN dürfte es in diesen Tagen verlustig gehen, das Maß an Aufmerksamkeit und Zuwendung, welches sie so verlässlich erfahren durften: Die Zuwendung vom Verfassungsschutz. Denn der wendet sich nunmehr rechten Terrorzellen zu.**

Quasi von einem Tag auf den anderen sind die Schlapphüte fast nur noch mit brauner Soße, also, gewissermaßen mit sich selbst, beschäftigt. Man kennt das ja: Wenn man in der Soße steckt, die man selbst mit angerührt hat, bekommt man gar nicht mit, ob die braune Tunke noch kalt ist oder bereits vor sich hin köchelt.

Wie konnte man den Hunderten toten Opfern des Rechtsfaschismus Aufmerksamkeit widmen, waren ihre neonazistischen Mörder doch alle verrückte Einzeltäter? Das kleine Stück Systemik, das die besaßen, hatte die Schlapphüttrüge

doch selbst eingeführt und somit war alles unter Kontrolle. Oder doch nicht? Und durch wen eigentlich?

Gewiß nicht durch das BKA, dessen Beamte, inzwischen erwiesenermaßen, gern auf Einrichtungen der Hotellerie der rechten Szene zurückgreifen. Jedenfalls in Thüringen. Zufall oder Kumpaneier? Hier droht man, zwanghaft miss-trauisch zu werden.

Ach ja, nicht zu vergessen: Die Politik reagiert. Tatsächlich. Da gibt es durch die Bank einiges an Betroffenheit, manches womöglich echt. Zum Beispiel bei Armin Laschet, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in NRW. Der war bisher eher bekannt als Vertreter des Links-Reflexes. Plötzlich sind andere Töne zu hören: „Der Feind steht rechts!“ Wer hätte das gedacht. Leider bedurfte es dazu vieler Opfer.

Vermehrt wird auch wieder nachgedacht über ein NPD-Verbot.

Zwar lässt sich Schwachsinn nicht verbieten, aber selbiger würde immerhin nicht mehr staatlich finanziell gefördert. Doch, machen wir uns nichts vor. Nicht erst seit Sarrazins Erfolg mit „Deutschland schafft sich ab“ wissen wir, dass rechtsextreme Positionen tief in der Mitte dieser Gesellschaft verankert sind. Auch wenn diese – noch – nicht von rechtsaußen aufgesogen werden konnten.

Schon lange bekannt sind die Forschungen des Bielefelder Sozio-

logen Wilhelm Heitmeyer. Nach dessen Untersuchungsergebnissen sind fast 50 % der Deutschen der Meinung, dass in diesem Land zu viele Ausländer leben. 10% geben den Juden eine Mitschuld an den Verfolgungen, denen sie ausgesetzt waren. Mehr als 60 % sind der Meinung, dass zu viele „Unproduktive“ durchgezogen werden. Zuwanderern müsse man auch nicht alle staatsbürgerlichen Rechte zugestehen, finden über 30 %. Goebbels und Ploetz lassen grüßen.

Was ist zu tun? Niemand braucht einen Verfassungsschutz, der die Verfassung nicht schützt. Ansonsten braucht's endlich Demokratie und noch mehr Demokratie. Erinnerung sei an Norwegens Reaktion auf die entsetzliche Terrorat des letzten Sommers.

**Zu befürchten ist, dass bereits anklingende deutsche Reflexe nach mehr Unfreiheit und weniger Demokratie sich durchsetzen. Und dafür werden einmal mehr die bürgerlich-kapitalistischen Seiten der Politik sorgen.**



# Freie Wähler im Nebel kaum noch zu sehen!

In der Politik ist eine Nebelkerze ein Instrument zur Verschleierung und Ablenkung. Um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen:

**Beim Antrag der Freien Wähler im Rat der Stadt Detmold auf eine Vernebelungsanlage am Friedrichstaler Kanal handelt es sich nicht um eine Nebelkerze!**

Es geht nicht darum, mit dieser entzückenden Idee davon abzulenken, dass Privatisierungen von Spassbädern wie dem „Aqualip“ - Antrag Freie Wähler - andernorts stets zu Kostensteigerungen für die

Der Stadtverband DIE LINKE. Detmold trifft sich immer Montags um 19 Uhr im Parteibüro Exterstraße 9 in Detmold (außer in den Ferien).

Badbesucher führten und führen!

Es geht ebenso keinesfalls darum, davon abzulenken, dass der Verkauf der „Alten Pauline“ - Antrag Freie Wähler - ohne Gedanken an ein Ausweichquartier zu verschwenden, das Aus für die Detmolder Kulturinitiative bedeuten könnte!

Und selbstverständlich geht es auch nicht im geringsten darum, davon abzulenken, dass eine Auflösung der Stadthallen GmbH samt Stadthallenverkauf oder was auch immer - Antrag Freie Wähler - zu einer drastischen Kommerzialisierung des allgemeinen Kulturbetriebs in Detmold führen würde, mit Verteuerungen samt Niveausenkung!

**Um all das geht's nicht, ehrlich. Es geht vielmehr aus-**



Vernebelte Zukunftsaussichten, wenn es nach den Freien Wählern geht

**schließlich um Vernebelung! Also im positivsten Sinne!**

Als aufgeklärte Menschen wissen wir, dass eine solche Anlage im Wesentlichen zwei Zielen dient:

Zum einen, das ist oft diskutiert worden, ist sie Schutz vor terroristischen Angriffen. Der Spieker wird's danken!

Zum anderen ist der gesund-

heitsförderliche Effekt von Vernebelung allen Asthmatikern bestens bekannt. Die Krankenkassen signalisieren bereits Spendenbereitschaft! Wir zollen einem solch durchdachten Konzept gern unseren Respekt: Wie wär's mit den Worten von Matthias Claudius: ... und aus den Wiesen steigt der weiße Nebel. Wunderbar!

## Ein distanzierter Blick auf die Krise

Im Moment wird viel über sie gesprochen. Die Staatsschuldenkrise. Es wird jedoch selten in einem größeren Zusammenhang sie gesprochen.

Durch eine etwas weitere Perspektive, die die letzten Jahrzehnte mit ihren Entwicklungen in der Wirtschaft und den wichtigen politischen Entscheidungen sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene mit einbezieht, kann jedoch einiges klarer werden. Derzeit vagabundiert ein Wirrwarr an Informationen durch die Medien.

Man kann sagen, dass die aktuelle Krise ihre Wurzeln in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts hat.

Die Wunden des Krieges waren

verheilt, in Deutschland war der Wiederaufbau gelungen und eine Ära großen Wirtschaftswachstums, bekannt als das deutsche "Wirtschaftswunder" fand ihr Ende. In der prosperierenden Wirtschaft der 50er und 60er Jahre schien es so, als gäbe es keine ernsthaften Interessenkonflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Man suchte händeringend nach Arbeitskräften, warb welche aus dem Ausland an, und sowohl die Arbeitgeber verdienten gut an der nicht enden wollenden Auftragschwemme, als auch die Arbeitnehmer, deren Gewerkschaften ganz erhebliche Lohnerhöhungen durchsetzen konnten.

Als in den 70er Jahren die Wirt-

schaft dann nicht mehr so stark wuchs, und die Verbrauchermärkte allmählich gesättigt waren, ging auch diese Periode des beständig zunehmenden Wohlstandes und der Vollbeschäftigung zu Ende. Die Sozialausgaben stiegen, die Löhne stagnierten, die Steuereinnahmen sanken.

Die Reaktion darauf war jedoch nicht, an angemessener Stelle Steuern zu erhöhen, um die steigenden Ausgaben decken zu können, sondern das wachsende Haushaltsloch mit der Herausgabe von Staatsanleihen zu stopfen.

Dies wurde letztlich zur Normalität. Der gelegentlich aufkommenen Idee, den Staatshaushalt durch Steuererhöhungen, wie beispielsweise durch eine Erhöhung der Körperschaftssteuer, die Einführung einer Vermögenssteuer oder die Anhebung des Spitzensteuersatzes in ein Gleichgewicht zu bringen, wurde kein Gehör geschenkt. Deutschland würde dann angeblich als Unternehmensstandort an Attraktivität verlieren. Um die steigende Staatsverschuldung im Zaum zu halten, begann man stattdessen damit, die Sozialausgaben immer weiter zu kürzen.

Der Ruf nach Steuererhöhungen für die Wohlhabenden und Unter-

nehmen ist immer leiser geworden und wird heute so gut wie gar nicht mehr in den Mund genommen, dagegen sinken die Löhne. Über Kürzungen, bei der Rente, bei der Finanzierung von Bildungseinrichtungen und Lehrkräften, oder bei der Kranken- und Pflegeversicherung, wird hingegen ständig gesprochen.

Besonders mit Blick auf die Ausgaben, die der Staat seit der 2007 in den USA und Island losgebrochenen Finanzkrise für die Rettung vermeintlich „systemrelevanter“ Geldinstitute aufgewendet hat, hinterlässt das den faden Beigeschmack von Heuchelei:

- Warum ist Geld für Banken da, aber kein Geld für Kinder und ihre Ausbildung?
- Warum ist Geld für Banken da, aber keins, um denen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, eine auskömmliche, lebensstandardsichernde Rente zu garantieren?
- Warum werden Studierende mit Studiengebühren belastet, während andererseits Milliarden vorhanden sind, um das Vermögen wohlhabender Leute vor der Abwertung zu retten?

Hier wird ganz offensichtlich Politik im Interesse einer kleinen wohlhabenden Minderheit betrieben. Früher nannte man das Plutokratie ...



Lohnentwicklungstabelle bestätigt sinkende Reallöhne